

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 8 (1980)

DOI: 10.11588/fr.1980.0.50449

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Gruppen im Zwischenkriegsfrankreich waren dafür symptomatisch, etwa der Faisceau, der Redressement Français, die Jeunesses Patriotes und die Solidarité Française, die Croix de Feu und die PPF; einer der Gründe jedoch, warum keiner dieser Gruppen der entscheidende Durchbruch gelang, mag eben auch darin gelegen haben, daß die Millionen-Bewegung der Anciens Combattants letzten Endes ein wichtiger Stabilisierungsfaktor und als Ausdruck der dominierenden Gruppen der französischen Gesellschaft ein bedeutendes Element der Stabilität des Systems der Dritten Republik gerade in einer kritischen Übergangsphase gewesen ist.

K.-J. MÜLLER, Hamburg

Reinhard SCHIFFERS, *Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918. Formen und Bereiche der Kooperation zwischen Parlament und Regierung*, Düsseldorf (Droste) 1979, 305 S.

(Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 67).

Mit dieser Mannheimer Habilitationsschrift liegt erstmals eine umfassende Untersuchung zu einem der wichtigsten Ausschüsse der deutschen Parlamentsgeschichte im Ersten Weltkrieg vor. Verf. kann sich auf die bisher noch unveröffentlichten Sitzungsprotokolle des Hauptausschusses stützen, ein umfangreicher Aktenbestand, auf dessen Grundlage eine Edition – u. a. vom Verf. – erarbeitet wurde.

Der Kriegsausbruch 1914 drängte zunächst den Reichstag als Forum der offenen politischen Auseinandersetzung stark in den Hintergrund. Dementsprechend zeichnete sich schon bald nach Kriegsbeginn ein informeller Funktionswandel der Budgetkommission als der traditionell wichtigsten Reichstagskommission ab: der Haushaltsausschuß erlangte schon im Dezember 1914 den Charakter einer »freien Kommission«, die nun bereits vor dem Zusammentritt des Plenums gleichsam als Clearingstelle zwischen Volksvertretung und Reichsleitung einberufen wurde. Im März 1915 wurde der Haushaltsausschuß personell erweitert und umfaßte jetzt auch die Reichstagsgruppierungen ohne Fraktionsstatus. Entscheidend für den weiteren Funktionswandel der Kommission war freilich zunächst weniger der Wunsch der Parteien nach einer Parlamentarisierung des Reiches, sondern vielmehr das Bestreben der Kanzlerfronde, Bethmann Hollweg in der U-Boot-Frage mit plebiszitären Mitteln in die Enge zu treiben: im Februar 1916 faßte die Budgetkommission des Preußischen Abgeordnetenhauses einen Beschluß zugunsten des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und griff damit in die Sphäre der Außenpolitik ein. Die Debatte um den U-Boot-Krieg ließ nun auch die Frage nach dem Kompetenzzuwachs des Haushaltsausschusses des Reichstags nicht mehr zur Ruhe kommen.

Dem Drängen der Parteien nach einem ständigen Ausschuß für außenpolitische Fragen gab die Reichsleitung im November 1916 nach, indem die Budgetkommission als »Hauptausschuß« zur ständigen Beratung außenpolitischer und kriegsrelevanter Gegenstände unabhängig von den Sitzungsperioden des Plenums formell institutionalisiert wurde. Schon zeitgenössische Beobachter auf der politischen Linken sahen in diesem formellen Verfassungswandel das Ergebnis eines von den Rechtsparteien eingeleiteten, in seinen weiteren Folgen freilich nicht bejahten Schrittes zur Parlamentarisierung, eine Paradoxie, deren Tragweite für die Selbstblockierung der Parteien in der Forschung bisher nicht immer deutlich genug herausgestellt worden ist.

Für die weitere Entwicklung des Hauptausschusses war vor allem seine Doppelfunktion als »Arbeitsparlament« und »Ersatzplenum« bestimmend. Einerseits waren Reichsleitung und Ausschuß auf die Vertraulichkeit der Beratungen verwiesen, andererseits kollidierte dieser Grundsatz mit dem Bedürfnis der Parteien, auch unter den restriktiven Bedingungen des Ausnahmezustandes öffentlichkeitswirksam zu bleiben. Gegenüber dem Plenum formierte sich

der Hauptausschuß in seinem personellen Kern zunehmend als »parlamentarische Elite«, seine ständigen Mitglieder entwickelten ein erkennbares »Ausschußbewußtsein«, einerseits interessiert, den Kontakt zum Plenum zu pflegen, andererseits bemüht, die Exekutive mit Sachkompetenz zu kontrollieren. Das zunehmende Übergewicht der OHL über die zivile Reichsleitung führte zu einem Bedeutungszuwachs des Hauptausschusses, der allerdings erst mit der Friedensresolution stärker zur Geltung kam. Zumindest auf dem Feld der Innenpolitik (Zensur und Schutzhaftpraxis, vermochte der Hauptausschuß den Einfluß militärischer Instanzen teilweise zurückzudrängen, wobei Verf. die unterschiedlichen Positionen der Parteien ausführlich behandelt. Darüber hinaus zeigt die Arbeit, in welchem Ausmaß die Parteien bereit waren, bei der Mittelbewilligung und Gesetzgebung den Einfluß des Reichstags zu stärken, bzw. verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Die Wirksamkeit des Hauptausschusses war allerdings stets an seine begrenzten Informationsmöglichkeiten gebunden, wobei er gegenüber der Exekutive entsprechend den Bedingungen des deutschen Regierungssystems stets in der schwächeren Position blieb. Gleichwohl: für die Regierung war sein Kontrollrecht zwar keine systemgefährdende Bedrohung, immerhin aber ein wichtiges Korrektiv auf zahlreichen Gebieten der Innenpolitik. Abschließend stellt Verf. die Frage nach dem Stellenwert des Hauptausschusses für den Wandel des deutschen Verfassungssystems. Schiffers unterscheidet deutlich zwischen »Ausbau der Parlamentsrechte« und »Parlamentarisierung«. Für den umfassenderen Vorgang der Parlamentarisierung der Reichsregierung möchte er den Hauptausschuß nicht in Anspruch nehmen. Einerseits blockierten sich die Parteien bis zum Sommer 1917 durch unterschiedliche Motive gegenseitig, andererseits entwickelten sie kein verbindliches Parlamentarisierungskonzept. Gleichwohl bedeutete der mit dem Ausbau des Hauptausschusses begründete Anspruch auf schärfere Kontrolle der Exekutive ein wichtiges »Instrument eines Verfassungswandels in kleinen Schritten«. Darüber hinaus beeinflussten die Erfahrungen der Parlamentarier mit dem Hauptausschuß einige Regelungen des Ausschußwesens in der Verfassung von Weimar.

Mit seiner insgesamt sehr behutsamen Einschätzung des Parlamentarisierungsproblems distanziert sich Verf. von allzu vergrößernden Parlamentarisierungsthesen und nähert sich damit eher den Positionen von Udo Bernbach und Gerhard A. Ritter. Die sehr sorgfältig dokumentierte und präzise gegliederte Studie von Schiffers zeigt den Nutzen eines methodischen Vorgehens, das nicht so sehr abschließende Wertungen anstrebt als vielmehr durch nüchterne Sachlichkeit einem spröden Gegenstand durchaus neue Einsichten auch im Hinblick auf die allgemeine Kaiserreich-Diskussion abzugewinnen weiß.

Peter THEINER, Düsseldorf

Gitta STEINMEYER, *Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917–1919*, Stuttgart (Klett-Cotta) 1979, 209 S.

Curiously, French historians have produced nothing comparable to Fritz Fischer's monumental and controversial »Griff nach der Weltmacht«, a book that picked up German historiography of the First World War and moved it onto a new plateau. The lack of a similar reconsideration of French war aims has been frequently pointed out, and yet this obvious lacuna has never been adequately filled. Until the past decade we have had to be content with the suggestions and allusions contained in a few articles written in the 1960s by the grandmaster of French diplomatic history, Pierre Renouvin. His effort was followed by such capable monographs as Pierre MIQUEL, »La paix de Versailles et l'opinion publique française« (1972); Jacques BARIÉTY, »Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale« (1977); and Jean-Jacques BECKER, »1914. Comment les français sont entrés dans la guerre« (1977). Yet none of these volumes directly addressed itself to the central issue of war aims before, during, and after